

Polemik und eine nie enden wollende Kritik an den Führern der gegnerischen Partei. Manche albanischen Leser sprechen sogar von einem „kalten Krieg mittels der Zeitungen“. Die Aufarbeitung der Vergangenheit wird so in aller Öffentlichkeit ausgetragen, ist aber sehr stark personalisiert. Man achtet auf jedes Wort eines Politikers, auch auf seine Biographie, und besonders auf die geschriebenen Worte des Kollegen, um diese dann anzufechten.

Die Wende führte zu einer gewissen Verunsicherung

Von einem Mitarbeiter von Radio Tirana war zu erfahren, daß es parallel zu der politischen Wende auch zu einer Entpolitisierung des albanischen Rundfunks und des Fernsehens kam. Der Umdenkungsprozeß bei den Mitarbeitern geschah jedoch nur allmählich. *Astrit Ibro*, Redakteur beim deutschen Programm gestand im September 1992

ehrlich ein: „Wir waren für diesen Demokratisierungsprozeß unvorbereitet, es fehlte uns die demokratische Kultur. Die Wende geschah sehr schnell, ja blitzschnell und die Menschen, wie auch wir Journalisten, brauchen eine bestimmte Zeit, bis sich dieser Prozeß der Demokratisierung auch in unserem Kopf vollzieht.“

Radio und TV-Tirana betrachte man heute nicht mehr als ein Propagandainstrument oder sogar als Sprachrohr einer bestimmten Partei, wie sie es unter den Kommunisten waren. Aber solange die Demokratische Partei an der Macht sei, werde das Leben in Albanien durch ein strategisches Programm dieser Partei beeinflußt. Radio und TV-Tirana hätten aber seit der Wende eine wichtige gesellschaftliche Rolle bekommen; sie beteiligten sich an der Verbreitung demokratischer Ideen.

Allgemein gesehen hat die demokratische Wende in Albanien zu einer gewissen *Verunsicherung* geführt, wenn auch

positive Ergebnisse zu verzeichnen sind. Es sind soziale Strukturen verschwunden, die den Menschen eine gewisse, wenn auch nicht allzugroße Sicherheit gaben. Manche vermissen die „sozialistische Geborgenheit“, auch wenn sie damals dafür einen zu hohen Preis, ja den der individuellen Freiheit zahlen mußten. Man sollte den Menschen in Albanien vom Ausland aus, besonders von den Staaten, die eine längere demokratische Tradition nachweisen können, zu vermitteln versuchen, daß sozialer Wohlstand nur dann zu erreichen ist, wenn man selber dafür hart arbeitet und die Rahmenbedingungen einer freien, demokratisch strukturierten Gesellschaft genügend schätzen gelernt hat. Das Gefühl, wieder ein Teil Europas zu sein, sollte den Menschen in Albanien nahegebracht werden, damit sie wenigstens einen moralischen Halt bekommen, um so auch einen Ausweg aus der fast hoffnungslosen wirtschaftlichen Situation zu suchen. *J. B.*

Italien nach den Referenden

Der Weg in die zweite Republik wird schwierig

Wirtschaftliche Krisenerscheinungen und Verwerfungen im politischen System machen derzeit allen westeuropäischen Ländern von Großbritannien über die Bundesrepublik bis Spanien zu schaffen. In Italien hat die Krise allerdings ein besonderes Ausmaß erreicht: Das Parteiensystem der letzten Jahrzehnte ist in Auflösung begriffen, immer neue Verstrickungen von Politikern in Korruptionsskandale werden aufgedeckt. Die Bevölkerung hat in den Referenden von Mitte April der „politischen Klasse“ Italiens eine klare Absage erteilt; der Übergang zu einer „zweiten Republik“ kündigt sich an.

Eines stand nach den Referenden vom 18./19. April auf jeden Fall fest: Die 11. Legislaturperiode wird zur kürzesten der ersten italienischen Republik. Ob es auch deren letzte sein wird, ob der seit bald einem Jahrzehnt diskutierte, geforderte, halberzig betriebene, behinderte, durch den Lauf der Ereignisse aber nun doch unausweichlich gewordene Übergang in die „zweite Republik“ in einen überschaubaren Zeitraum gelingt, und vor allem, wie er gelingt, welche politischen Formationen dann den Ton angeben werden und ob Italien je wieder zu mehr politischer und wirtschaftlicher Stabilität zurückfinden kann, bleibt eine offene Frage.

Das Ergebnis der Referenden vom 18./19. April hat alle Voraussagen weit übertroffen. Bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von über 80 Prozent in Nord- und Mittelitalien stimmten 82,1 Prozent und zwischen 60 und 70 Prozent im Süden und auf den Inseln für die Änderung des Wahlrechts bei der Senatswahl (Einführung des reinen Mehrheitswahlrechts für die Wahl von drei Viertel der Senatoren, Wahl des restlichen Viertels nach dem Verhältniswahlrecht). 90,1 Prozent votierten für die Abschaffung des Gesetzes über die staatliche Parteienfinanzierung. 89,4 Prozent erklärten sich für die Abschaffung der Ernennung der Spitzen der Spar-

kassen durch das Finanzministerium. Auch für alle anderen auf unterschiedliche Initiativen (von Parlamentariern, von Regionalregierungen) zurückgehende Referendumsforderungen: Abschaffung des Ministeriums für Staatsbeteiligungen, Abschaffung des Landwirtschafts- und Tourismusministeriums zugunsten von mehr Kompetenzen für die Regionen – mit Ausnahme der Forderung nach Beseitigung der Gefängnisstrafen für Drogenabhängige (55 Prozent) – gab es vergleichbare Mehrheiten.

Daß die Referenden, insbesondere die zum Senatswahlrecht und zur Parteienfinanzierung, Erfolg haben würden, stand von vornherein außer Frage. Aber das *Ausmaß des Erfolges* überraschte selbst die Initiatoren. Es stellte sich quer zu den Positionen aller Parteien ein. Selbst die kleinen Parteien vom rechten und vom linken Rand, die sich am entschiedensten für ein Nein einsetzten, weil sie in den Referenden nur ein Mittel sahen, mit dem sich die „partiti di regime“ die ihnen entgleitende Macht noch einmal zu sichern suchten, wie die von dem ehemaligen Bürgermeister von Palermo, *Leoluca Orlando*, gegründete „Rete“, die Altkommunisten der „Rifondazione comunista“ oder die neofaschistischen „Missini“, wurden von ihrer Anhängerschaft massiv desavouiert. Nach einschlägigen demoskopischen Berechnungen (vgl. *Corriere della Sera*, 20. 4. 93) haben rund 40 Prozent der Neofaschisten, knapp 60 Prozent der Altkommunisten und über 60 Prozent der Rete-Anhänger entgegen der Option ihrer jeweiligen Parteien mit ja gestimmt.

Beachtet man, daß noch 1978 bei einem gleichgerichteten Referendum zur Parteienfinanzierung sich noch 56,3 Prozent für die Beibehaltung der staatlichen Finanzierung ausgesprochen hatten, dann wird das Ausmaß des Umschwungs sichtbar. Die Botschaft ist eindeutig: Es zählt nicht dieses oder jenes Ergebnis. Die Bevölkerung hat sich von den Parteien freigemacht; sie stimmte gegen sie, so wie sie sind; sie will den Abschied vom „System“.

Die Parteien sind am Ende

Eine solch spektakuläre Demonstration des Volkswillens mit unmittelbarer Wirkung auf die Gesetzeslage (Wahlrecht, Parteienfinanzierung) erzeugt selbst in Italien Handlungszwang. Der neugebildeten Regierung unter dem früheren Chef der Staatsbank, *Carlo Azeglio Ciampi*, ist es aufgegeben, die nötigen Folgerungen aus dem Referenden-Ergebnis zu ziehen bzw. politisch darauf einzuwirken, daß die Abgeordnetenkammer und der Senat sich zu den nötigen Gesetzgebungsakten durchringen.

Staatspräsident *Oscar Luigi Scalfaro* hat in einem Brief vom 3. Mai an den neuen Regierungschef klare Prioritäten gesetzt: Sicherung der Staatsfinanzen, Bekämpfung der Mafia, rückhaltlose Aufklärung der Vergehen von Politikern, „neue Wahlregeln“ auch für die Abgeordnetenkammer; Neuwahl des Parlaments nicht vor Inkrafttreten des neuen Wahlrechts

für den Senat und vor der Neuregelung für die Kammer, aber dann. Die Wählerschaft wird also spätestens im Frühjahr 1994, wenn nicht bereits im Spätherbst 1993, an die Urnen gerufen.

Neuwahlen werden selbst dann notwendig, wenn die Regierung *Ciampi* das ihr auftragene Vorhaben der Wahlrechtsänderung im Parlament nicht durchbringen sollte. Gewählt werden müßte dann nach für Senat und Kammer getrennten Wahlrecht. Eine Staatskrise wäre unvermeidlich. Aber selbst für die Verhinderung einer Wahlrechtsänderung dürfte den Parteien inzwischen die Kraft fehlen. Die Parteien sind von resistenten Kernen abgesehen am Ende, von Spaltung und Zerfall nicht mehr nur bedroht, sondern gekennzeichnet. Dem alten Klientelwesen, bisher Existenzgrundlage nicht allein, aber vor allem der Regierungsparteien, rückt die Justiz zu Leibe.

Die Frage ist nur, ob sich aus den resistenten Kernen *Reformkräfte* herauskristallisieren, die breitere Wählerschichten von neuem für sich einzunehmen vermögen, oder ob sich neue Formationen quer zu den traditionellen weltanschaulichen, ideologischen und vor allem interessenbedingten Bedingungen durchsetzen und inwieweit die Referendumsbewegung, die zum Ergebnis vom 18./19. April geführt hat, sich selbst zu einer entscheidenden Antriebskraft dafür entwickeln wird.

Wer die jetzigen Vorgänge in Italien verstehen will, muß zunächst auf das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 5. April 1992 zurückgreifen. Bereits sie signalisierten das *Ende einer langen Kontinuität*.

Es waren die ersten Parlamentswahlen nach dem Ende des Sowjetkommunismus. Die in den siebziger Jahren als Eurokommunisten zur Avantgarde zählenden, in den achtziger Jahren der Stagnation verfallenen italienischen Kommunisten hatten aus den weltpolitischen Veränderungen die Konsequenzen gezogen, ihr Programm in Richtung Sozialdemokratie modifiziert, sich in Linksdemokraten (*Partito Democratico di Sinistra*) umbenannt und dafür die Abspaltung der Altkommunisten („Rifondazione“) in Kauf genommen.

Die Aufdeckung der großen Schmiergeldaffären hatte – ausgehend von Mailand – eben erst begonnen, beeinflusste aber bereits die Wahlauseinandersetzung. Im Norden vor allem regte sich massive Kritik am römischen „malgoverno“ und an der schwerfälligen, ineffizienten, aber aufwendigen und korrupten, stark vom Süden geprägten Staatsbürokratie und an der Klientelwirtschaft vor allem der Regierungsparten (DC, Sozialisten). Die vornehmlich in Mittelstand und Kleinbürgertum wurzelnde, vom Erfolgsegoismus des Nordens geprägte, mit aggressivem Populismus agierende Regionalistenbewegung der „Leghe“ hatte in verschiedenen Regional- und Lokalwahlen zwischen 1988 und 1991 beträchtliche Achtungserfolge erzielt und war als fast ausschließlich im Norden (gegen alles Südliche und „Fremde“) verankerte Protestpartei bereits zu einem nationalen politischen Faktor geworden.

Die Sozialisten *Bettino Craxi* blieben auf der Seite der DC, behielten aber das bereits seit den frühen achtziger Jahren

verfolgte Doppelziel fest im Auge: Überrundung der Kommunisten und Bildung einer Linksalternative. 1992 hofften sie, diesem Ziel ein Stück näher zu kommen.

Die DC hatte als Bollwerk gegen einen in seinen Wurzeln noch totalitären Kommunismus ausgedient, fand aber von jahrzehntelanger Machterhaltung und Machtteilung ausgelagt, nicht mehr die Kraft, sich noch rechtzeitig programmatisch auf die neue Situation einzustellen und sie produktiv zu nutzen. Nach dem Zentrismus *De Gasperis* in den fünfziger, der Öffnung nach links unter *Amintore Fanfani* in den sechziger und nach der bis scharf an den Rand des „historischen Kompromisses“ gehenden Verhandlungs- und Einbindungsstrategie gegenüber den Kommunisten (im Rahmen der Parteien des „Verfassungsbogens“ von 1947) unter *Aldo Moro* in den späten siebziger Jahren hielt sich die DC Anfang der neunziger Jahre wieder fester an die Achse DC/PSI mit der Bereitschaft zur Öffnung auf neue Minderheiten, ging aber ohne klare programmatische Perspektive in den Wahlkampf.

Die Wahl wurde zwar für sie noch nicht zur ganz großen Katastrophe, brachte ihr aber wie auch den Kommunisten an italienischen Verhältnissen gemessen erdrutschartige Verluste. Zum ersten Mal fiel die DC unter 30 Prozent: in der Abgeordnetenkammer 29,7 Prozent (minus 4,6 gegenüber 1987), im Senat 27,3 Prozent (minus 6,3). Die Kommunisten (PDS und „Rifondazione“ zusammen, mußten vergleichbare Verluste hinnehmen, kamen aber immerhin noch auf 21,7 Prozent (minus 6,7) in der Kammer und auf 23,5 Prozent (minus 6,3) im Senat.

Die Sozialisten mußten wieder einmal und diesmal endgültig die Grenzen ihrer Expansionsmöglichkeiten zur Kenntnis nehmen. Sie profilierten nicht vom Verlust der Großen, sondern blieben faktisch auf ihrem Stand, gewannen im Senat gegenüber 1987 leicht dazu (plus 2,7 Prozent) und mußten in der Kammer gegenüber 1987 geringfügige, gegenüber den Regionalwahlen der Zwischenzeit größere Verluste hinnehmen. Die Verluste der Großen und im Norden auch der Sozialisten gingen an die Leghe (mit 8,7 in der Kammer und 8,2 Prozent im Senat) und an diverse Splitterparteien (Rote, Grüne etc.).

Vom Machterhalt verbraucht und verführt

Bis zur Wahl 1992 hatte die DC mit unterschiedlich großen Verlusten ihre Position im wesentlichen halten können. Mit der Wahl 1992 wurde ihre Stellung als Partei der relativen Mehrheit unsicher. Die Parteienlandschaft zersplitterte sich weiter. Die Zerkleinerung der DC wurde augenfällig bei Lokalwahlen im Norden, wo sie in Städten wie Mantua, Brescia oder Varese ihre Mehrheitsposition an die Leghe verlor und selbst auf einen Anteil von teilweise unter 20 Prozent abfiel. Ist der Siegeszug der Leghe eher eine vorübergehende Erscheinung, der Verfall der DC und der anderen Parteien (vor allem der Sozialisten) ist es gewiß nicht. War schon das Wahl-

ergebnis bei den letzten Parlamentswahlen nur zu verstehen als Wählerreaktion auf die sich ausbreitende Orientierungslosigkeit in den Parteien selbst, vor allem in der DC, so haben die traditionellen Parteien, voran die Regierungsparteien, durch die Ereignisse seither erst recht jeglichen Kredit verloren. Die inzwischen zu Hunderten aufgedeckten Verstrickungen von Parteipolitikern und Wirtschaftsmanagern vorzugsweise aus den großen Staatskonzernen ist ein Treibsatz, der die bisherigen Parteien an den Rand des Abgrunds bringt, die Achse DC/PSI vollends zerstört und das bisherige Parteiensystem insgesamt mehr oder weniger zur Selbstaufgabe zwingt.

Ende März gab es nach einer im *Corriere della Sera* (1.4.93) veröffentlichten Aufstellung im Zusammenhang mit diversen Bestechungs- bzw. Schmiergeldaffären und Verfehlungen gegen das Parteienfinanzierungsgesetz 1356 Verhaftungen und 1116 „avvisi di garanzia“ (Benachrichtigungen über Einleitung eines Ermittlungsverfahrens). Davon betroffen waren 162 Parlamentarier, 852 Personen aus der öffentlichen Verwaltung und 1487 Unternehmer und Manager. Nach Parteizugehörigkeit verteilten sie sich so: DC 465, PSI 288, PDS (Linksdemokraten) 71, PDSI (Sozialdemokraten) 39, PRI (Republikaner) 31, PLI (Liberale) 20, Rifondazione 5, MSI (Neofaschisten) 4. Inzwischen sind fast täglich auf das ganze Land verstreute weitere Verwicklungen bekannt geworden, zunehmend häufiger auch von Exkommunisten (Linksdemokraten).

Auch wenn sich die Hauptbetroffenen bis hinauf zu Ministern und Parteisekretären (mit dem als Parteichef inzwischen abgelösten Bettino Craxi als Spitze) in den bisherigen Regierungsparteien befinden, so bleibt von den traditionellen Parteien von ganz rechts bis ganz links doch keine ganz verschont. Bestechung und Käuflichkeit haben sich eingenistet im Energiesektor, im Umweltbereich, im Hoch- und Tiefbau, bei Genehmigungsverfahren, Verpachtungen und Auftragsvergaben, Korruption wurde aufgedeckt von Nord bis Süd, von Süd bis Nord, in Staatsholdings vor allem, aber auch zwischen öffentlicher Verwaltung und Privatwirtschaft, in der Provinz nicht anders als in Mailand oder Rom. In den Abruzzen wurde sogar eine komplette Regionalregierung vorübergehend festgenommen.

Unter den Parteien ist die DC als bisher größte Partei zwar Hauptbetroffene. Aber die Sozialisten sind nicht nur durch den Hauptverdächtigen Craxi in die Schlagzeilen geraten, sie fallen (besonders im Norden: Mailand, Lombardei) auch anteilmäßig besonders auf. Mailand ist mit dem dort angesiedelten Exparteichef Craxi für die Sozialisten ein Sonderfall, wie in mancher Beziehung für die Christdemokraten das „weiße“ Veneto oder für die Exkommunisten die roten Regionen Romagna, Toscana und Ligurien. Dort war der PSI unterbrochen an der Regierung, stellte über Jahrzehnte den Bürgermeister oder hat zumindest mitregiert. Der hohe Grad „sozialistischer“ Mibetroffenheit in ganz Italien resultiert aber aus der seit den sechziger Jahren besonders starken Stellung der Partei Craxis als Zünglein an der Waage bei der Bildung

von Stadt-, Provinz- und Regionalregierungen und als Machtfaktor – aufgrund der langen Regierungsbeteiligung in Rom – in den großen Staats- und halbstaatlichen Unternehmen.

Nach einer Aufstellung von *Giuseppe De Rosa* (in „La Civiltà Cattolica“, 20.6.92) regiert der PSI bei einem Wähleranteil von nur 13,6 Prozent in 81 von 95 Provinzhauptstädten mit und stellt in 25 von 81 den Bürgermeister, verfügt in den Regionen über 59 Assessoren (Regierungsmitglieder) von insgesamt 207 und ist in den Gemeinden mit über 5000 Einwohnern in 69,6 Prozent aller Gemeindeausschüsse vertreten. Zugleich hat er starke Positionen in staatlichen Unternehmen inne (z.B. den Vorstandsvorsitz beim Energiekonzern ENI, zu dem auch die Alitalia gehört; der Konzernchef ist gegenwärtig in Haft), im Banken- und Sparkassenwesen und beim staatlichen Radio und Fernsehen RAI.

Ende der Machtsicherung durch Machtteilung?

Die dem Spitzenmann der DC der letzten zehn Jahre und siebenmaligen Ministerpräsidenten *Giulio Andreotti* gegenwärtig durch geständige Mafiosi (Kronzeuge) zur Last gelegten Verbindungen zur Mafia sind zwar in der Wirkung auf Andreotti selbst wie auf die Partei zunächst spektakulärer, aber in der Substanz, selbst wenn sie zutreffen, schwer nachweisbar und entsprechend schwer justiziabel. Im Vergleich dazu sind die Korruptionsvorwürfe gegen Bettino Craxi handfester und für die Partei nach Verweigerung der Aufhebung der Immunität Craxis durch das Parlament vermutlich noch folgenreicher. Eine Zukunft für den PSI als Partei ist nicht mehr in Sicht.

Wenn jetzt ein ganzes System zusammenbricht und der Zusammenbruch die Parteien zu letzten Reformanstrengungen oder zur Selbstauflösung zwingt, dann ist das über den Verlust an Glaubwürdigkeit durch Verwicklung in kriminelle Vergehen hinaus das Ergebnis vor allem dreier Faktoren.

Der erste ist gewiß nicht typisch italienisch. Die bisher tonangebenden Parteien verlieren überall an Integrationskraft und Rückhalt in der Bevölkerung. Sie „leiden“ unter der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung, unter der Pluralisierung von Strukturen und Anschauungen. Die persönlichen Interessen des Wählers erhalten Vorrang vor weltanschaulichen Überzeugungen, sozialen Zugehörigkeiten und parteipolitischen Bindungen. Dies schwächt die Aggregations- und die Integrationskraft aller Parteien. In extremen Krisensituationen, wie sie Italien gegenwärtig durchmacht, reicht der innere Zusammenhalt nicht mehr aus. Die Belastungen für Wähler und Mitglieder sind um so größer, als sich zu viele ihrer Partei wegen schämen und die politische Ineffizienz des Parteienwesens insgesamt evident wird. Nicht zufällig geraten auch Parteien, die durch „Tangentopoli“ wenig betroffen sind, wie die her linksliberalen Republikaner in den Zustand der Selbstauflösung.

Bereits viel „italienischer“ ist der zweite. Die Parteien haben, noch bevor sie durch Verwicklung in Schmiergeld- und Beste-

chungsaffären ihre moralische Glaubwürdigkeit vollends verloren, ihre ideelle Unterscheidbarkeit preisgegeben. Keine der Regierungsparteien hatte die Möglichkeit, sich längere Zeit in der Opposition programmatisch zu erneuern, keine der Oppositionsparteien mußte sich dem Zwang praktischer Regierungsarbeit aussetzen. Das macht Politik steril. Aus dem Regieren wurde auf sehr italienische Weise ein System der Machtsicherung durch Machtteilung. Selbst die DC als Dauerpartei der relativen Mehrheit ist seit de Gasperi nie mehr aufs Ganze gegangen. Alleinregierung war nie mehr ihr Ziel. Daß sie von Wahl zu Wahl etwas verlor, wurde in Kauf genommen, die Partei richtete sich in der Machtteilung mit den anderen ein.

Die Machtteilung führte so aber um so mehr zur kapillaren Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch die Parteien. Es entstand ein *engmaschiges Netz von Parteieinflüssen und -herrschaften*, wie es sonst in Europa bislang nicht anzutreffen ist; eine Verquickung von öffentlicher Verwaltung und einem breiten öffentlichen Sektor der Wirtschaft mit Parteiinteressen mit den tausend Versuchungen und Vergehensfolgen, die jetzt das politische System unter die Fuchtel der Justiz zwingen.

Der dritte Faktor ist noch italienischer, weil er tief in der Tradition der Bevölkerung wurzelt: das die ganze italienische Gesellschaft mehr oder weniger durchdringende, das staatliche System verformende *Klientelwesen*. Die Mafia, als auf Clan-Basis organisiertem Großverbrechertum, ist nur ein besonders krimineller Ausdruck davon. „Tangentopoli“ eine nicht minder kriminelle neofeudale Variante dazu. Seine politische Wirkung liegt in der Verbindung mit dem in den Sitten des Landes besonders verankerten System von Beziehungen und Begünstigungen mit dem durch Machtteilung entstandenen Netz von Parteieinflüssen und einem noch bis zum Bahn- und Bankschalter durchschlagenden obrigkeitlichen Gehabe der Staatsdiener.

Die Parteien teilen ihre Einflusssphären als „Lehen“ unter sich auf und bedienen damit in neofeudaler Manier die eigene Klientel. Der Staat mit seiner oft kleinlichen Gesetzgebung wirkt dabei wie eine sehr ferne und zugleich instrumentalisierte Instanz. Das verhindert aber eben nicht, daß der Staat als „Padrone“, als Clanchef, auftritt, und der Staatsdiener sich als dessen Vollstrecker versteht, der dem „Klienten“ etwas gewährt und folglich von ihm auch etwas „nehmen“ darf.

Zum Übergang in die zweite Republik gehört mehr als eine Wahlrechtsreform

Solchermaßen eingespielte Verhaltensstrukturen lassen sich durch institutionelle Reformen allein schwer bekämpfen oder gar beseitigen. Und es ist durchaus fraglich, ob die Einführung des Mehrheitswahlrechts der richtige Einstieg in die notwendigen Reformen ist. Dennoch ist sie insofern ein unterläßlicher Schritt, als die ineffizient gewordenen Parteienstrukturen

Die Neue Echter Bibel:
Neuer Psalmenkommentar
auf der Basis der im Gottesdienst und
in der Glaubensunterweisung verwendeten
Einheitsübersetzung
jetzt erschienen.



Frank-Lothar Hossfeld
und Erich Zenger:

**Die Psalmen I:
Psalm 1–50.**

320 Seiten. DM 58,- /
öS 453,- / SFr. 59.60.
ISBN 3-429-01503-0.

Subskriptionspreis (für Be-
zieher aller Bände der
Neuen Echter Bibel, Altes
Testament): DM48,- /
öS 375,- / SFr. 49.40.

„Es ist an der Zeit, daß
wieder ein Psalmen-

kommentar in deutscher Sprache und als wissen-
schaftlicher Entwurf nicht nur für den deutschen
Sprachraum erscheint [...]

Ein Anstoß, der sich in der Hinwendung zum
Text selber auswirkte und die Tendenz, diesen in
seiner vorliegenden Gestalt wie auch im größte-
ren biblischen Kontext ernstzunehmen, wenn
nicht anregte, so doch zumindest förderte, ging
von der *erneuerten Liturgie* aus. Die Psalmen
kommen in großem Umfang zur Sprache und ins
Gespräch. Sie werden mit anderen biblischen
Texten konfrontiert, und ihre Aussage erhält
neues Gewicht. Sie bekommen in Lied, Medita-
tion und persönlichem Gebet einen neuen
Stellenwert, verweisen auf das alte Gottesvolk
und erhalten als Gebete auch der Christenheit
Bedeutung im ökumenischen Miteinander [...]
Die Psalmenauslegung dieses Kommentars
nimmt die einzelnen Texte als Gebete ernst [...]
Der Kommentar will die Situation, die Anliegen
und die theologischen Auffassungen der Men-
schen zur Sprache bringen, die in den Psalmen
sprechen und beten, mit ihnen leiden und hoffen
und sie daher überarbeiten und zu neuen Sinn-
gefügen zusammenstellen.“

Josef Schreiner, in: *Bibel und Kirche*



echter

„echter“-Bücher erhalten Sie
bei Ihrem Buchhändler!

aufgebrochen und die Parteien dazu gezwungen werden, ihren Standort im Staatsganzen und im Verhältnis zur Gesellschaft neu zu bestimmen, in neuen Formationen aufzugehen oder zumindest Listenverbindungen zu schaffen, um überhaupt Mehrheiten bilden zu können.

Geschehen muß aber wohl weit mehr, soll der Übergang aus der politisch nicht mehr funktionsfähigen ersten in eine wirtschaftlich und politisch stabilere zweite Republik gelingen. Die Privatisierung breiter Bereiche des bisher staatswirtschaftlichen Sektors von der Energiewirtschaft bis zu den Banken wäre ein noch notwendigerer Schritt, um das Geflecht klientelbedingter Begünstigungen aufzubrechen. Man wird sehen, ob die noch unter der Regierung Amato mit der Umwandlung der großen Staatsholdings ENI, IRI und INA in Aktiengesellschaften begonnene Privatisierungspolitik unter der gegenwärtigen Regierung Gestalt annimmt.

Ein nicht minder entscheidender Schritt wäre ein *konsequente Föderalisierung des Staates*, die Übertragung von Gesetzgebungskompetenzen an die Regionen, damit die Verwirklichung vertikaler Gewaltenteilung bei gleichzeitiger föderaler Umbildung des gesetzgeberisch besonders schwerfälligen Zweikammersystems. In der sog. „Bicamerale“, der Parlamentskommission für die institutionellen (Verfassungs-)reformen ist dieses kapitale, von den „Leghe“ erst noch diffus propagierte Projekt wohl angesprochen, aber noch nicht einmal ernstlich angedacht worden. Es gibt noch um die staatliche Einheit fürchtende antiföderalistische Ängste, die durch den von den „Leghe“ propagandistisch ausgeschlachteten Nord-Süd-Gegensatz noch eher verschärft werden und eine wenigstens scheinbare Berechtigung erhalten.

Wie weit die Einführung des Mehrheitswahlrechts geeignet ist, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt größer gewordenen und jetzt explodierenden Übel zu heilen, könnten möglicherweise bereits die für den 6. und 20. Juni angesetzten Teilgemeindevahlen erweisen. An ihnen sind etwa ein Viertel der italienischen Wählerschaft von Nord bis Süd beteiligt. Wählen müssen u. a. die Mailänder. Gewählt wird zum ersten Mal nach dem ersten im März verabschiedeten neuen Gemeindevahlgesetz: Es steht die Direktwahl des Bürgermeisters vor. In Gemeinden mit über 15 000 Einwohnern wird der Bürgermeister mit absoluter Mehrheit gegebenenfalls im zweiten Turnus durch Stichwahl gewählt. Für die Gemeinden unter 15 000 ist dagegen nur ein Turnus vorgesehen. Gewählt ist der Kandidat mit der relativen Mehrheit.

Die Stellung des *Bürgermeisters* wird wesentlich gestärkt: Er ernannt und entläßt die Assessoren (Ausschußmitglieder), die nicht Mitglied des Gemeinderates sein dürfen. Der Bürgermeister wird für vier Jahre gewählt, nur einmalige Wiederwahl ist möglich. Wird der Bürgermeister durch Mißtrauensvotum vom Gemeinderat abgewählt, muß auch der Gemeinderat neu gewählt werden. Dem Gemeinderat bleibt die Aufgabe der Kontrolle.

Schon in wenigen Jahren wird sich zeigen, ob diese modifizierte Gewaltenteilung auf Gemeindeebene und die auf Persön-

lichkeitswahl beruhende stärkere Stellung des Bürgermeisters auf dem Hintergrund der ererbten gesellschaftlichen Erwartungs- und Verhaltensmuster stärker zugunsten des Gemeinwohls ausschlägt als das bisherige, das Gemeindeoberhaupt ganz in die Abhängigkeit von den Parteien gebende Reglement. Mehr Stabilität verspricht die Neuregelung auf jeden Fall. Die Wahl wird auch erste Hinweise geben, ob die neuen, quer zu den politischen Parteien sich bildenden Formationen Anklang finden und wie sich die Kandidaten der alten Parteien noch behaupten.

Auf nationaler Ebene ist erst der noch vor dem 18. April aus der DC ausgetretene „Referendumsleader“ *Mario Segni* mit seinen aus der DC kommenden „Popolari per la riforma“ (vgl. HK, November 1992, 500) und Teilen des PSI, des PDS und der Republikaner an der Spitze einer sog. „Alleanza Democratica“ in Front gegangen. Es gibt Bestrebungen, aus dem PSI und verschiedenen Gruppen links von der Mitte eine neue Bewegung unter der Führung des zurückgetretenen, gegenüber früheren Regierungen nicht nur bei der Bekämpfung der Mafia erfolgreichen Ministerpräsidenten *Giuliano Amato* zu bilden. Ob es überhaupt dazu kommt, scheint noch ungewiß zu sein.

Viele praktizierende Katholiken bewegten sich von der DC weg

Die Zukunft Segnis, eines von Herkunft eher konservativen, als Hauptinitiator der Referendumsbewegung zu nationaler Statur gelangten Christdemokraten, wird sich nicht zuletzt daran entscheiden, wie weit es ihm gelingt, die Wähler der Leghe und größerer Teile der Christdemokraten für sich zu gewinnen. Gegenwärtig zeichnet sich ab: das wohl sichere Ende des PSI als Partei, die Selbstauflösung der Republikaner, die größtenteils mit Segni zusammengehen dürften, die wahrscheinliche Spaltung der DC in solche, die die alte Partei nach dem Ausscheiden des bisherigen Führungspersonals erneuern, und in solche, die mit Mario Segni aus Christdemokraten und Anhängern „laikaler“ bürgerlicher Parteien „etwas Neues“ machen wollen.

Der Zusammenbruch des Parteiensystems, die verschiedenen Optionen für das Mehrheitswahlrecht und die neue Lage bei der DC rufen auch die Kirche neu auf den Plan.

Der italienische Episkopat hat in den achtziger Jahren nicht zuletzt auf einen deutlichen Wink des Papstes (vgl. dessen Ansprache auf dem Katholikentag in Loreto, HK, Mai 1985, 207f.) ziemlich einheitlich, aber mit wenig Überzeugungskraft am Postulat der „politischen Einheit“ der italienischen Katholiken festgehalten. Dagegen wurde von einzelnen katholischen Persönlichkeiten, teilweise auch aus der katholischen Aktion, immer wieder andiskutiert. Unter dem Einfluß des früheren Generalsekretärs des Episkopats und jetzigen (vom Papst ernannten) Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal *Camillo Ruini*, wurde das Postulat vor allem durch Ruini selbst eher noch verschärft. Er hat die Katholiken, vor allem die in kirchlichen Verbänden organisierten Katholiken,

nie formell, aber doch immer faktisch auf die DC verpflichtet. Was aber nun, wo doch schon bei den Wahlen 1992 offenkundig wurde, daß Aufrufe des Episkopats nichts fruchten, daß auch viele praktizierende Katholiken sich von der DC wegbeugten (die mit lascherer Kirchenbindung zu den „Leghe“, die strengerer Observanz z. B. zur „Rete“), die DC gerade bei der letzten Wahl personell weiter an katholischer Substanz verlor (vgl. *Il Regno*, 15. 5. 92, S. 316 ff.) und jetzt durch Segni eine zweite um die Katholiken werbende Formation entsteht?

Auch die Kirche muß in die Zukunft sehen

Die Führung des Episkopats hat sich mehrmals für den Reformkurs des seit vorigem Frühjahr amtierenden neuen DC-Generalsekretärs, *Mino Martinazzoli*, und gegen die Neugründungspläne Mario Segnis gewandt. Jetzt in der zweiten Maiwoche, bei der Eröffnung der Vollversammlung des Episkopats, wiederholte Ruini seine Forderung nachdrücklich, aber lange nicht alle Bischöfe wollten ihm dabei noch folgen.

Kardinal *Saldarini*, der Erzbischof von Turin, hat öffentlich von unterschiedlichen Meinungen unter den Bischöfen gesprochen. Etwa ein Drittel der Bischöfe, darunter Kardinal Martini, die zur Frage Stellung nahmen, hätten, hieß es, eher für eine offene Haltung plädiert. Auch der Papst machte in einer frei gesprochenen Passage seiner Rede zur aktuellen politischen Situation Italiens vor der Vollversammlung (vgl. *Osservatore Romano*, 14. 5. 93) einen Spalt auf. Es gelte beides zu beachten: die Einheit und die Verschiedenheit; man dürfe, „die Einheit in der Verschiedenheit nicht verlieren“, aber auch „den Pluralismus nicht in der Einheit“. Der Papst erinnerte an ein Gespräch mit dem früheren Staatspräsidenten *Sandro Pertini*, in dem ihm dieser sagte, die Kirche könne in Italien weit mehr tun. In kritischen Augenblicken schaue man mit einem gewissen Vertrauen auf die Kirche.

Ankommen wird es für Katholiken künftig allein darauf, daß sie in einem Land mit trotz aller späten Säkularisierungsschübe noch starker katholischer Prägung die sittlichen Energien in das politische Leben und in die Gestaltung des Gemeinwessens einbringen, die das Christentum in seiner humanen Substanz ausmachen. Dies nicht jenseits des politischen Tagesgeschehens, aber quer zu dem alten wie zu den neu entstehenden politischen Gruppierungen.

Der traditionelle „Kollateralismus“ zwischen Kirche und DC war bereits bisher nur noch von institutioneller und punktuell von milieubedingter Bedeutung. Als Ausdruck einer glaubwürdigen Übersetzung christlicher Haltungen durch eine Partei ins politische Leben ist er, wenn er je dafür taugte, längst tot. Die DC als Partei hat ihn moralisch besonders gründlich desavouiert.

Auch die Kirche muß in die Zukunft schauen, die angesichts der jetzigen Entwicklungen, wie der Papst sagte, für Italien gefährlich ist, aber auch Verheißungsvolles verspricht.

Andrea Dallago